

Mitgliederrundbrief Nr. 9

Oktober 1990



Liebe Mitglieder,
liebe Leserinnen und Leser,

nach einjähriger Pause können wir wieder einen Rundbrief vorlegen. Viel ist im vergangenen Jahr geschehen:

Wir konnten erneut einen Mitarbeiter, Günter Koziol und eine Mitarbeiterin, Silvia Lange auf ABM-Basis einstellen.

Nach mehrmonatigem Tauziehen mit den zuständigen Stellen bei der Senatsverwaltung für kulturelle Angelegenheiten erhielten wir auf der Grundlage des Hauptausschußbeschlusses erstmalig eine finanzielle Förderung in Höhe von 195 000 DM, die keine einmalige Projektförderung sondern eine regelmäßige institutionelle Förderung ist. Die Tatsache, daß das "Aktive Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V." nun als Institution gefördert wird, obwohl die Kultursenatorin, Anke Martiny, zu Beginn ihrer Amtszeit ausdrücklich ausgeschlossen hatte, neue finanzielle Verbindlichkeiten einzugehen, ist als ein Erfolg unserer beharrlichen Arbeit zu werten und der Unterstützung immer breiter werdender Kreise in dieser Stadt zu verdanken.

Ein "Museum", wie wir es uns vorstellen, können wir mit dieser finanziellen Unterstützung zwar immer noch nicht werden, aber wir sind in der Lage uns viel "aktiver" in die historischen und aktuellen Auseinandersetzungen einzumischen.

Arbeitsgruppen des Aktiven Museums, wie die "Initiative politische Denkmäler in der DDR", "Täterinnen im Nationalsozialismus" (siehe Berichte im Rundbrief) konnten bereits mit Ausstellungsprojekten, Diskussionsveranstaltungen und Informationsmaterialien sowie Katalogen in die Öffentlichkeit treten. Der Rundbrief ist insofern auch als erster bescheidener Rechenschaftsbericht der letzten drei Monate anzusehen.

Besonders freuen wir uns darüber, daß es gelungen ist, eine halbe und eine volle wissenschaftliche Stelle besetzen zu können. Über hundert sehr qualifizierte Bewerbungen waren eingegangen. Der Vorstand hat sich die Auswahl nicht leicht gemacht. Nach mehrtägigen Bewerbungsgesprächen und Beratungen wurden die Entscheidungen getroffen. Sowohl,

Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste
Allgemeine
Homosexuelle Aktion
Arbeitsgemeinschaft
verfolgter
Sozialdemokraten
Archaeological Review
from Cambridge
Berliner
Geschichtswerkstatt
Berliner Kulturrat
Berufsverband
Bildender Künstler
Demokratischer
Frauenbund
Deutscher Freidenker
Verband
Elefanten Press Galerie
Evangelische Akademie
Evangelische Jugend
Berlin
Freunde der
Deutschen Kinemathek
Gesellschaft für
Deutsch-Sowjetische
Freundschaft Westberlin
Künstler Kolonie Berlin e.V.
Magnus-Hirschfeld-
Gesellschaft
Neue Gesellschaft
für Bildende Kunst
Neuköllner Kulturverein
Niederländisch-
Ökumenische Gemeinde
Regionalbüro für
Wirtschaft und
Antirassismus
SJD — Die Falken
VVN — Verband
der Antifaschisten
Werkbund Archiv

Geschäftsstelle:
Köthener Straße 44,
Telefon (030) 261 76 61
Konten:
Postgiroamt
Berlin (West),
Konto-Nr. 4610 18-108
(Reiner Gutte,
Sonderkonto Museum)
BLZ 100 100 10

Christiane Hoss, als auch Martin Becher - beide stellen sich im Rundbrief vor - werden ihre Stellen im November angetreten haben und im Büro ansprechbar sein. Wir freuen uns sehr auf die zukünftige Zusammenarbeit.

Wir sind gerade jetzt glücklich über die personelle Verstärkung, da die gesellschaftlichen Veränderungen des letzten Jahres - Grenzöffnung, Aufleben des Nationalismus, sich verstärkende Ausländerfeindlichkeit, zunehmende soziale Verunsicherung, aber auch die damit einhergehenden Diskussionen über den sogenannten "verordneten Antifaschismus in der DDR" und "Beendigung der Nachkriegsgeschichte" - es umso notwendiger erscheinen lassen, daß sich das "Aktive Museum" mit seinem Konzept der Geschichtsaufarbeitung verstärkt und bemerkbar in die Auseinandersetzungen einmischt. Dazu brauchen wir die aktive Beteiligung unserer Mitglieder. Wir dürfen uns angesichts unserer bezahlten MitarbeiterInnen nicht aus der Arbeit des Vereins zurückziehen: Nachdenken und Handeln dürfen wir nicht deliegiere!

Eine selbstkritische Bemerkung: Die Anforderungen organisatorischer, finanzieller und haushaltstechnischer Art zu bewältigen, hat soviel Energie erfordert, daß wir zu wenig inhaltliche Diskussionen zum Gestapo-Gelände (s. Bericht von Hans Tödtmann) geführt haben: der Senat verschiebt Entscheidungen auf den St. Nimmerleins-Tag. Für den zentralen Ort der NS-Verbrechen, den gegenwärtigen und zukünftigen "Denk-Ort der deutschen Geschichte" sind nicht einmal Reinigungs- und Bewachungskosten verfügbar. (Rainer Höynck)

Die Organisation unseres Vereins und die Verwaltung der Senatszuschüsse darf nicht zum Selbstzweck werden, während andererseits wie am Gestapo-Gelände inhaltliche Herausforderungen nicht mehr wahrgenommen werden.

Eine dankbare Bemerkung: Trotz aller Widrigkeiten der bei der alltäglichen Bewältigung von Problemen möchten wir uns bei all denjenigen an dieser Stelle bedanken, die in den letzten Wochen und Monaten dem "Aktiven Museum" mit Rat, Tat und Phantasie geholfen haben: Angefangen bei den für uns zuständigen MitarbeiterInnen der Senatsverwaltung für kulturelle Angelegenheiten, Günter Koziol, der viele Veranstaltungen und Aktionen betreute, Silvia Lange, die die Bürde der Rundbriefredaktion auf sich nahm, Ina Mischke, die die Geschäftsführung unseres Vereins kommissarisch betreut, bis Christiane Hoss anfängt, Martin Becher, der sich seit Oktober u.a. um den Aufbau des Archivs und unsere politische Bildungsarbeit bemüht, sowie allen anderen, ohne die uns viel Spaß, Ideen und Kreativität gefehlt hätten.

Leonie Baumann
Die Vorsitzende

BERICHT DER KOMMISSION

Die im Herbst 1988 noch von dem damaligen Senat berufene Fachkommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für die Nutzung des Gestapo-Geländes legte mit wegen der Maueröffnung mehrmonatiger Verzögerung im Frühjahr dieses Jahres ihren Abschlußbericht vor. Der Senat lud nach Veröffentlichung des Berichtes zu einer eingehenden Diskussion Ende Juni ein.

Wir geben im folgenden die wesentlichen Punkte des Berichts wieder und berichten über die öffentliche Diskussion. Die vom Aktiven Museum seinerzeit vorgelegte Stellungnahme ist im Anschluß wiedergegeben und als unverändert gültiger Kommentar zu lesen.

ORT DER TÄTER

Der Leitgedanke des Berichts ist die Charakterisierung dieses Geländes, auf dem die Zentrale des NS-Unterdrückungsapparates konzentriert war, als "Ort der Täter". "Die Auseinandersetzung mit den politischen und gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen die Verbrechen möglich wurden, und mit den Menschen, die sie erdachten, organisierten und durchführten, muß eindeutig im Vordergrund stehen... Es muß ein Ort sein, der zum Nachdenken über Diktatur, Rassismus und Menschenverachtung anregt, der das Unfaßbare der nationalsozialistischen Verbrechen bis hin zum Völkermord nicht verkleinert, aber doch Aufklärung möglich macht."

OFFENE WUNDE

Die 1987 vorgenommene provisorische Herrichtung des Geländes, die vor allem die Ausgrabungen, öffentlichen Zugang, Informationsangebote sowie die Dokumentation "Topographie des Terrors" umfaßt, hat sich nach Auffassung der Kommission bewährt und soll Ausgangspunkt aller weiteren Überlegungen zur Gestaltung sein. "Die große, 'enttrümmerte' Fläche fordert in ihrer kargen Unwirtlichkeit zum Nachdenken auf, sie durchbricht die Selbstverständlichkeiten des großstädtischen Alltags. Das Gelände wird als 'Störung' des Gewohnten wahrgenommen - als eine 'offene Wunde' der Stadt und auch der deutschen Geschichte."

VERZICHT AUF GESAMTKUNSTWERK

Die Ausgrabungen besonders des Bodens des Hausgefängnisses der Gestapo und die "Machtarchitektur" des benachbarten ehemaligen Reichsluftfahrtministeriums belegen die Authentizität des Ortes. Die Schutthügel und die Reste des Autodroms als Spuren der Nachkriegsgeschichte "unterstreichen die irritierende Wirkung, die von dem Gelände insgesamt ausgeht." Die Kommission empfiehlt, auf eine künstlerische Gesamtgestaltung des Geländes ebenso zu verzichten wie auf ein monumentales Denkmal. Alles den Gesamteindruck wesentlich Verändernde solle vermieden werden. Das schaffe für Bauplanungen sehr restriktive Bedingungen. Die Kommission schlägt gleichwohl ein "Sachprogramm" vor, das eine Teilbebauung des Geländes beinhaltet.

SPUREN SICHERN

Von den Ausgrabungen werden neben den inzwischen als "Bodendenkmal" unter Schutz gestellten Zellenböden die Reste des Haupteingangs und der umgerissene Pfeiler der Toreinfahrt zur Prinz-Albrecht-Str.8, die Reste der Einfahrt zum Prinz-Albrecht-Palais und der jetzt als Untergeschoß des Ausstellungspavillons dienende Keller des ehemaligen Versorgungsgebäudes als besonders bedeutend und symbolträchtig eingestuft. Es wird eine qualifizierte dauerhafte Sicherung gefordert: Für die Zellenböden eine geschlossene Umbauung, für die übrigen Ausgrabungen eine Reparatur, Konservierung und Pflege.

IM ZENTRUM BERLINS

Der Fall der innerdeutschen Grenze hat das Gelände aus der Randlage wieder in das Zentrum der Stadt gerückt. Die "Wilhelmstraße", Synonym für das Regierungsviertel des Deutschen Reiches, wird im übertragenen und im Wortsinn wieder von zentraler Bedeutung für die Erschließung des Geländes.

Das Gelände soll zur Wilhelmstraße und zur Anhalter Straße, die jetzt von modernen Wohnbauten dominiert werden, eine "eigenständige Fassung" erhalten.

Die heutige Nutzung des Südwestteils des ehemaligen Prinz-Albrecht-Geländes als Parkplatz ist "eine zu revidierende Fehlentwicklung". Das Mauerstück im Norden des Geländes soll als historisches Dokument und "sichtbares Zeichen für die Folgen nationalsozialistischer Herrschaft" erhalten bleiben.

TOPOGRAPHIE DES TERRORS

Die Tragfähigkeit des von der Authentizität des Ortes ausgehenden Zugriffs auf das Thema Faschismus und Widerstand wird durch den Publikumserfolg der Ausstellung täglich bewiesen. Die "Topographie des Terrors" soll zur Dauerausstellung werden, im didaktischen Konzept gewahrt, thematisch weitergeführt, unverändert nüchtern und knapp präsentiert, jedoch in einem dauerhaften Ersatzbau an derselben Stelle untergebracht. Die dezentralen Informationen auf dem Gelände sollen erheblich verbessert werden.

AKTIVES MUSEUM

Die Kommission hält eine Einrichtung, die Besuchern "Möglichkeiten der Eigenarbeit ebenso wie Gelegenheiten des Fachgesprächs und der Gruppendiskussion" bietet, an diesem Ort für unbedingt notwendig und erkennt in diesem Zusammenhang die entsprechende Konzeption des Vereins Aktives Museum ausdrücklich an. Separat vom Ausstellungshaus der "Topographie", jedoch in unmittelbarer Nähe auf dem Gelände, soll ein "Besucherzentrum" entstehen, das folgende Einrichtungen umfaßt:

- Besucherbetreuung (qualifizierte Führungen, Einzelgespräche und Diskussionen),
- Präsenzbibliothek, Dokumentensammlung und Mediothek zur NS-Geschichte mit qualifizierter Benutzer-Beratung,
- wissenschaftliche Dokumentationsstelle zur NS-Geschichte mit Mikrofilmarchiv, EDV-Apparat, Gerichtsurlenksammlang, Pressespiegel und Dokumenten-Leseraum,
- Vortrags- und Diskussionsprogramm für verschiedene Zielgruppen,
- Focus für unterschiedliche Projekte von Schulen, Vereinen, Bürgerinitiativen u.a. zur NS-Geschichte und zu gegenwartsbezogenen Menschenrechtsfragen, z.B. Anschlag für Ausstellungen, Organisation von Zeitzeugenbefragungen, Lesungen, Filmvorführun-

gen, Diskussionen usw.

- Informationszentrum NS-Topographie: Adressen, Lagepläne und Kurzinformationen zu allen Schauplätzen von NS-Verbrechen von Berlin bis Europa,
- Vorbereitung und Betreuung wechselnder Ausstellungen in Ergänzung der Dokumentation "Topographie des Terrors."

Die Kommission betont, daß der Erfolg einer auf die Zukunft gerichteten Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und damit der Erfolg aller Bemühungen um das Gelände entscheidend von der Einrichtung und angemessenen Ausstattung dieses "Besucherzentrums" abhängt.

INTERNATIONALE BEGEGNUNGSSTÄTTE

In Verbindung mit und als Ergänzung zu dem Besucherzentrum soll als südliche Randbebauung des Geländes eine Internationale Begegnungsstätte mit Gästehaus errichtet werden.

Diese Einrichtung soll der kontinuierlichen Auseinandersetzung mit dem NS zwischen den betroffenen Nationen, Kulturen, Religionen, Parteien und sozialen Schichten dienen. Die Begegnungsstätte soll durch die "Offenheit für neue Fragestellungen, die Ernsthaftigkeit, die Vielseitigkeit und Konsequenz ihrer Arbeit eine starke internationale Ausstrahlung entwickeln". Es ist hier besonders an einen Ost-West-Dialog gedacht.

ORT DER OPFER

"Der Ort der Täter ist immer zugleich auch ein Ort der Opfer."

Das Gelände und besonders die Zellenböden werden von Angehörigen der Opfer und den Verfolgtenorganisationen als Ort des Gedenkens verstanden und in der Form von Schweigen, Kranzniederlegung, Gottesdienst, Kundgebung u.a. bereits genutzt. Die "Topographie" informiert über die Verfolgung der verschiedenen Opfergruppen und portraitiert herausragende Einzelpersönlichkeiten, besonders aus Widerstandskreisen.

Die Kommission empfiehlt, im Besucherzentrum einen "Ort der Stille" anzubieten, lehnt jedoch die Errichtung eines Holocaust-Mahnmals ebenso wie das Nebeneinander verschiedener Denkmäler an diesem Ort ab, um den Eindruck einer "Hierarchisierung der Opfer" zu vermeiden.

TRÄGERSCHAFT

Die Kommission will bei diesem Projekt einerseits "den Staat nicht aus seiner Verantwortung entlassen", andererseits eine "weitgehende Autonomie der inhaltlichen Arbeit ohne politische und administrative Einflußnahme" erreichen.

"Die Finanzierung muß aus öffentlichen Mitteln erfolgen." Wegen der nationalen und internationalen Bedeutung soll neben dem Land Berlin die Bundesrepublik Deutschland an der Trägerschaft partizipieren. Von einer Aufnahme des Geländes in die UNESCO-"Liste des Welterbes" wird die Verpflichtung für die Bundesrepublik Deutschland erwartet, dieses Erbe mit internationaler Unterstützung zu erhalten.

Als Organisationsform für die Trägerschaft wird eine GmbH mit dem einge-

fürten Namen "Topographie des Terrors" und dem Zusatz "Internationales Dokumentationszentrum" vorgeschlagen, deren Gesellschafter "juristische Personen des öffentlichen Rechts" (Land Berlin und die BRD) sein sollen. Eine solche Lösung wird als sofort, gegebenenfalls auch zunächst vom Land Berlin allein, realisierbar und hinsichtlich künftiger Beteiligungen als offen bezeichnet. Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft soll ein internationales Kuratorium unter dem Vorsitz des Bundespräsidenten und ein wissenschaftlicher Beirat zur Seite gestellt werden. Bei der Bildung von Projektbeiräten sollen "die zahlreichen Berliner Initiativen und Organisationen, die in den vergangenen Jahren die öffentliche Diskussion um das Gelände in Gang gebracht und mitgetragen haben, angemessen berücksichtigt werden".

Die öffentliche Diskussion

SCHÄUBLE - ÜBERNEHMEN SIE !?

Die zweitägige Diskussionsveranstaltung am 29. und 30. Juni begann mit einer Generaldebatte, die von der Senatorin für Kulturelle Angelegenheiten, Anke Martiny, eröffnet wurde. Sie mußte sich Vorwürfe von verschiedenen Seiten, auch von der Kommission selbst, anhören: Die Kritik betraf neben schleppender und angesichts aktueller Berlin-Themen nachrangiger und oberflächlicher Behandlung durch den Senat, vor allem dessen Absicht, die Federführung für die Zukunft des Geländes an die Bundesregierung zu übergeben. Zuständig ist dort, da die Kulturhoheit bekanntlich bei den Bundesländern liegt, der Bundesinnenminister. Angeblich habe sich der Direktor des Deutschen Historischen Museums, Christoph Stölzl, gegenüber Herrn Schäuble bereits erboten, das Gelände zu "übernehmen".

Die Kritik forderte einhellig, der bisher von Berliner Bürgern getragenen Initiative nicht ein Nationalbegräbnis zu verpassen, sondern Zuständigkeit und Federführung in Berlin zu behalten. Der Bund solle sich verantwortlich fühlen und beteiligen. Berlin solle aber die eigene Verantwortung nicht delegieren an eine Bundesregierung, von der nur ein widerwilliges Engagement erwartet werde.

Besonders kritisiert wurde, daß sich die Senatorin offenbar mit dem eigenen Beschlußentwurf, der die Berufung einer ressortübergreifenden Projektgruppe zur Umsetzung der Kommissionsvorschläge bis Ende 1990 vorsah, im Senat nicht durchsetzen konnte oder wollte.

Die Senatorin entgegnete, bevor sie die Debatte unauffällig verließ, ein Junktim bezüglich des Deutschen Historischen Museums bestehe lediglich insofern, als wer in Berlin ein DHM haben wolle, zur Kenntnis nehmen müsse, daß hier die Wannsee-Villa und das Gestapo-Gelände existieren. Sie beharre auf der Position, daß die Gestaltung des Geländes eine nationale Aufgabe sei, und werde Verfahren und Finanzierung bis Jahresende mit der Bundesregierung geklärt haben. Bezüglich der Dringlichkeit der Sache habe sie die volle Unterstützung des Regierenden Bürgermeisters, Walter Momper.

GENERALDEBATTE

Eine ganze Reihe von Organisationen und Personen nahm die Gelegenheit wahr, der Kommission für ihre Arbeit Anerkennung auszusprechen und aus ihrer spezifischen Sicht Stellung zu nehmen. Da in dieser "Generaldebatte" bereits alle wesentlichen Anregungen und Kritik-

punkte geäußert wurden, fassen wir hier die Ergebnisse auch des zweiten Diskussionsstages, der den einzelnen Abschnitten des Berichts gewidmet war, unter diesem Punkt zusammen.

Die Darstellung einiger umstrittener und deshalb breit diskutierter Punkte, wie z.B. Detailfragen der Spurensicherung, der Erhalt des Mauerstreifens, die Täter-Opfer-Relation und die Gestaltung des Andenkens an die Opfer, die Zweckmäßigkeit einer internationalen Begegnungsstätte an diesem Ort, die Kritik der GmbH als Gesellschaftsform u.a. muß dabei zu kurz kommen. Wir sollten zu diesen Einzelfragen demnächst selbst eingehender diskutieren und Position beziehen. Dazu haben wir uns in unserer Stellungnahme vor der Öffentlichkeit selbst verpflichtet.

INTERNATIONALES INTERESSE

Die Jüdische Gemeinde Berlin begrüßte die wesentlichen Empfehlungen der Kommission, auch die Ablehnung des von der "Perspektive Berlin" an diesem Ort geforderten Holocaust-Mahnmals, und betonte, daß die Gestaltung des Geländes künftig einem verstärkten internationalen Interesse standhalten müsse. Die Jüdische Gemeinde bot sich in pragmatischer und kooperativer Weise als Anlaufpunkt für eine nach Auflösung der Kommission behördenextern zu bildende Projektgruppe an.

NATIONALE GEDENKSTÄTTE FÜR DIE OPFER

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma übte dagegen massive Kritik an dem Leitgedanken, das Gelände sei primär "Ort der Täter". Romani Rose erneuerte die Forderung, den Dialog mit den Opfern endlich zu beginnen und ihm in der Form einer nationalen Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer des NS-Völkermordes und eines in Verbindung damit einzurichtenden "Zentrums für Holocaust- und Genozidstudien" einen - und zwar möglichst, jedoch nicht unbedingt, diesen - Ort zu geben.

Frank Dingel forderte in diesem Zusammenhang, daß die Gestaltung des von der Kommission vorgeschlagenen Gedenkortes eine klare Geste der Rehabilitation der Opfer zum Ausdruck bringen müsse.

DIE "WILHELMSTRASSE"

Die Internationale Liga für Menschenrechte hielt an ihrer Forderung nach einem "Haus der Menschenrechte" an diesem zentralen Ort fest. In Überein-

stimmung mit einer Gruppe prominenter Ostberliner Zeithistoriker forderte die Liga dazu auf, die in der Wilhelmstraße im Bezirk Mitte noch vorhandenen baulichen Zeugen der Nazi-Herrschaft (Reichsluftfahrtministerium, Reichsleitung NSDAP, Reichspropagandaministerium und das Gelände der Reichskanzlei) in den Denk- und Lernort einzubeziehen. Sabine Weißler und Hans Coppi regten dazu eine Diskussionsveranstaltung in Ostberlin an.

BASISNAHE TRÄGERSCHAFT

Bezirksstadtrat Dirk Jordan wies auf die Beschlüsse der BVV Kreuzberg hin, die für die Trägerschaft eine Stiftung mit internationaler Beteiligung und als ersten Schritt eine vom Senat zu berufende Vororganisation empfiehlt. Als Sitz der Stiftung wird das bezirkseigene Grundstück Anhalter Str.8 angeboten. Auch Andreas Kindt votierte für die SPD Kreuzberg für das Stiftungsmodell und kritisierte, die Kommission habe sich in der Frage der Organisationsform der Trägerschaft nicht ausreichend beraten lassen.

Die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste warnte vor einem Handlungsvacuum nach der nun beendeten Kommissionsarbeit und forderte die unverzügliche Bildung einer entsprechend ausgestatteten Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Aktiven Museums und anderer bisher engagierter Gruppen.

Ähnlich äußerte sich auch Karl Schäfer für die "Initiative zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände" und wünschte die Teilnahme u.a. des DGB, der Akademie der Künste, der Evangelischen Akademie und des Aktiven Museums an der Trägerschaft. Unter keinen Umständen, so auch ein Sprecher der Evangelischen Akademie, sei die Reduzierung der bisher für das Gelände engagierten Gruppen auf eine Nebenrolle bei der Trägerschaft akzeptabel.

Kulturstaatssekretär Hanns Kirchner glaubte einen Widerspruch zu erkennen zwischen der Anforderung an den Staat, sich der nationalen Aufgabe zu stellen, und der Forderung der Beteiligung von Basisinitiativen an der Trägerschaft. Der Senat wolle über den Kommissionsbericht und besonders die Trägerschaft erst nach Abschluß der öffentlichen Debatte entscheiden. Dieses Vorgehen entspricht auch einer Empfehlung der Kommission.

Hans Tödtmann

STELLUNGNAHME DES AKTIVEN MUSEUMS ZUM

Abschlußbericht der Fachkommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für die künftige Nutzung des "Prinz-Albrecht-Geländes" (Gestapo-Geländes) in Berlin-Kreuzberg



POSITIVE EINSCHÄTZUNG

1. Der Abschlußbericht ist die Zusammenfassung langjähriger Diskussionsprozesse, die in ihrem Ergebnis den Konsens beinhalten, daß das Gelände als "Ort der Täter" charakterisiert wird und mit dem gesamten Bereich behutsam umgegangen werden soll, indem er als offene Wunde behandelt wird.
2. Die Ergebnisse wurden unter Berücksichtigung der Stellungnahmen aller beteiligten Organisationen und Initiativen erzielt, wobei auffällig ist, daß diese nur spärlich bzw. überhaupt nicht mit Namen genannt werden.

KRITISCHE BEMERKUNGEN

1. In der allgemeinen Beschreibung der im Bericht enthaltenen Vorschläge zum weiteren Umgang mit dem Gestapo-Gelände ist die Kommissionsarbeit zu unkonkret und daher keine Weiterentwicklung bereits vorhandener Konzepte. Z.B. ähnelt das Besucherzentrum sehr dem bereits 1983 vorgelegten Konzept des "Aktiven Museums", das dieses aber bereits viel konkreter gefaßt hatte.
2. Die Schwerpunktlegung des Berichtes ist zu sehr auf wissenschaftliche Forschungs- und Dokumentationsarbeit ausgerichtet. Der Aspekt des forschenden Lernens, der Oral-History-Arbeit, die Erfahrungen mit Prozessen der "grabe, wo Du stehst"-Aktivitäten wird so in den Hintergrund gedrängt. Der unbequeme aber umso notwendige Versuch der Einbeziehung von interessierten Laien, Gruppen etc. kommt nicht vor.
3. Wissenschaftliche Forschung wird bereits an anderen Stellen versucht zu der NS-Zeit zu intensivieren. Hier ist koordinierende Tätigkeit erforderlich, die darüberhinaus wissenschaftliche Forschungsergebnisse anwendungsbezogen aufbereitet für eine größere Öffentlichkeit.
4. Die Einrichtung einer internationalen Begegnungsstätte auf dem Gelände selbst wird kritisch gesehen, da die berechtigterweise bei BesucherInnen-Gruppen vorhandenen vielfältigen Freizeit-, Betätigungs- und Lernbedürfnisse leicht zu Konflikten in der Nutzung des Geländes geraten können.

Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste
Allgemeine
Homosexuelle Aktion
Arbeitsgemeinschaft
verfolgter
Sozialdemokraten
Archaeological Review
from Cambridge
Berliner
Geschichtswerkstatt
Berliner Kulturrat
Berufsverband
Bildender Künstler
Demokratischer
Frauenbund
Deutscher Freidenker
Verband
Elefanten Press Galerie
Evangelische Akademie
Evangelische Jugend
Berlin
Freunde der
Deutschen Kinemathek
Gesellschaft für
Deutsch-Sowjetische
Freundschaft Westberlin
Künstler Kolonie Berlin e.V.
Magnus-Hirschfeld-
Gesellschaft
Neue Gesellschaft
für Bildende Kunst
Neuköllner Kulturverein
Niederländisch-
Ökumenische Gemeinde
Regionalbüro für
Wirtschaft und
Antifaschismus
SJD — Die Falken
VVN — Verband
der Antifaschisten
Werkbund Archiv

Geschäftsstelle:
Köthener Straße 44,
Telefon (030) 261 76 61
Konten:
Postgiroamt
Berlin (West),
Konto Nr. 4610 18-108
(Reiner Gurte,
Sonderkonto Museum)
BLZ 103 100 10

5. Es fehlen fast gänzlich konkrete Handlungsschritte und Vorschläge für eine prozeßhafte Umsetzung der Ideen.
6. Eine über das Gestapo-Gelände hinausgehende Konzeption, die auch das gesamte Umfeld in seiner historischen Dimension erfaßt, wird nicht angedacht, obwohl durch die Öffnung und Abtragung der Mauer räumliche Verbindungen und inhaltliche übergreifende konzeptionelle Überlegungen notwendig geworden sind.
7. Die Frage der Trägerschaft wird eher pragmatisch gelöst, indem die GmbH als geeignete Organisation gefordert wird. Statt dessen wäre einem Entscheidungsprozeß zuträglich gewesen, fundierte rechtlich geprüfte Modelle der Trägerschaft als Grundlage für die Entscheidung vorzulegen und somit für Außenstehende nachvollziehbar und diskutierbar zu machen. Auch ein Verein kann z.B. "staatliche Mittel zusammen mit Mitteln aus anderen Quellen unbürokratisch für die verschiedenen Aufgaben im Rahmen seiner Zweckbestimmung ... verwenden, ohne an zu enge Haushaltsvorschriften gebunden zu sein." Bei der Zuwendung aus öffentlichen Mitteln unterliegen beide Trägerschaftsformen den gleichen Haushaltsvorschriften.

FORDERUNGEN DES AKTIVEN MUSEUMS

Der Diskussionsprozeß zum Abschlußbericht und die sich daraus ergebenden Konsequenzen zum weiteren Umgang mit dem Gestapo-Gelände kann sich nicht auf eine zweitägigen öffentlichen Veranstaltung beschränken. Konzeptionelle Vorschläge für die weitere Konkretisierung der einzelnen Bereiche müssen entwickelt werden unter Einbeziehung der Organisationen und Initiativen, die mit ihren Gedanken, Ideen und Aktivitäten die Grundlagen für den Bericht der Kommission gelegt haben.

Der Schwerpunkt zukünftiger Realisierungsschritte darf nicht in einer abgehobenen wissenschaftlichen Arbeit bestehen, sondern muß die Aktivierung und Einbeziehung aller denkbaren Interessengruppen sowie das Ermöglichen von Erkenntnisprozessen im Umgang mit dem Ort der Täter als Ziel haben.

Im Warten auf das Ergebnis der Kommissionsarbeit sind faktisch ein einhalb Jahre Entscheidungen hinausgezögert worden und keine Schritte zur überfälligen Sicherungsarbeit, zur erklärten Absichtsbekundung der Mauersicherung und der notwendigen Raummietung am Gelände unternommen worden. Daher muß parallel zu den anstehenden Diskussionen um die politische Unterstützung der Vorschläge, deren Finanzierung und Umsetzung sofort ein kontinuierlicher Aufbauprozeß beginnen, der mit Ausstellungen, Führungen, Veranstaltungen etc. das Gelände zum Inhalt der Aktivitäten macht.

Wir können nicht noch einmal 5 Jahre warten, bis die im Kommissionsbericht angedachten Bauten realisiert worden sind. Wir fordern daher die sofortige Anmietung von Räumen und die Umnutzung des Deutschlandhauses für Aktivitäten zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände, da mit dem Einigungsprozeß Deutschlands die bisherige Nutzung des Deutschlandhauses nicht mehr den aktuellen Erfordernissen entspricht.

Das Gelände erfordert eine Form der Trägerschaft, die es offensichtlich in der bürgerlichen Gesetzgebung noch nicht gibt. Die Form der GmbH - man möge es ausformulieren: "Topographie des Terrors - Gesellschaft mit beschränkter Haftung" - lehnt das Aktive Museum ab.

Notwendig erscheint uns vielmehr eine Institutionalisierung der Trägerschaft, die größtmögliche demokratische Entscheidungsspielräume läßt und eine breite Beteiligung aller betroffenen Organisationen und Persönlichkeiten ermöglicht.

Die Zentrale des Terrors, der Ort der Täter, ist ein Symbol für die Planung von Vernichtungsaktionen auf der Grundlage bürokratischer Anweisungen. Dieser Ort benötigt eine Trägerschaft, die allen dort Tätigen - haupt- und nebenamtlichen - einen Freiraum zum Denken und Arbeiten ermöglicht. Diese Arbeit darf nicht von wechselnden parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen und Geldgebern abhängig sein, wie dies bei einer GmbH der Fall wäre.

Notwendig sind demokratische Entscheidungsstrukturen, wie sie uns am ehesten in Form einer Stiftung gewährleistet zu sein scheinen, die durch ihren Stiftungszweck die Aufgaben der Auseinandersetzung mit dem Ort der Täter eindeutig definieren muß. Entscheidung und Kontrolle über die Verwendung des Stiftungsvermögens erfolgt in einem demokratischen Gremium unter Beteiligung des Aktiven Museums und seiner angeschlossenen Organisationen, den Mitarbeitern der "Topographie des Terrors", der "Initiative zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände", des DGB, der Jüdischen Gemeinde u.a.

Oberstes Organ soll ein internationales Gremium sein, das aus Persönlichkeiten besteht, die in ihrem Leben ihren Vorstellungen und Lebensideen im Sinne einer humanistischen Welt Ausdruck verschafft haben und oft bitter dafür bezahlen mußten.

Ein solches Gremium soll Garant dafür sein, daß nicht durch bürokratische Einflußnahme, Anordnungen usw. Einfluß auf die Arbeit mit dem Gelände ausgeübt wird.

Es ist im Kommissionsbericht richtig bemerkt worden, daß im Umgang mit dem Gelände notwendigerweise neue Wege beschritten werden müssen, um den Herausforderungen gerecht zu werden. Daher sollten wir im Nachdenken um eine Trägerschaft nicht in überkommenen Strukturen verhaftet bleiben.

Zur Finanzierung der sofort beginnenden Aktivitäten und Aufbauprozesse schlagen wir die sofortige Umwidmung von nur 10% der 130 Mio. DM vor, die der Bund jährlich dem Land Berlin für die Bevorratung im Falle einer Blockade zur Verfügung stellt. 13 Mio. DM für den weiteren Umgang mit dem Gestapo-Gelände könnten die Grundlage für die prozeßhafte Umsetzung unserer Ideen und Vorschläge sein.

Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.B.

Juni 1990

DAS MUSEUM BAUT?

Im Frühjahr 1990 hat es die BVV Kreuzberg beschlossen: Auf dem Grundstück Anhalter Straße 8 soll ein Gebäude für das Aktive Museum entstehen. Jedenfalls ist der Bezirk bereit, hierfür dieses Grundstück zur Verfügung zu stellen. Wo allerdings der Rest der Mittel herkommen soll, ist noch unklar.

Zum Hintergrund: Das Grundstück Anhalter Straße 8 liegt direkt gegenüber dem Gestapo-Gelände zwischen dem derzeit in Renovierung befindlichen Hotel "Stuttgarter Hof" und dem Gebäude Anhalter Str. 7, früher als besetztes Haus unter dem Namen "KuKuCK" bekannt, heute unter Verwendung von über 10 Mio DM zu Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus verwandelt (früher: Gewerbegebäude). Im hinteren Teil des Blockes befindet sich die "Wille", eine Jugendeinrichtung der evangelischen Kirche, die seit 12 Jahren erfolgreiche Jugendarbeit in dem bisher noch immer so wenig ereignisreichen Stadtteil betreibt. Bis jetzt erfolgt der Zugang zur "Wille", die im ehemaligen Gemeindehaus der Dreifaltigkeitsgemeinde (gebaut 1908) residiert, über die Wilhelmstraße 113. Auf der Ecke wurden im Rahmen der IBA neue Wohnhäuser erstellt, und Konflikte mit der neuen Nachbarschaft sind leider nicht ausgeblieben.

Der Betreiber des Stuttgarter Hofes würde gerne das Nachbargrundstück erwerben, um sein Hotel zu ergänzen. Denn seit der Maueröffnung fehlen in Berlin sehr viele Übernachtungsmöglichkeiten. Eine Hotelerweiterung, sei sie auch aus anderen Gesichtspunkten her wünschenswert, wäre allerdings für das Jugendzentrum das Aus. Die jugendlichen Kids und das Hotelpublikum - da sind Konflikte, die leicht vor dem Amts- und Strafgericht landen, vorprogrammiert.

Beides zusammen: Der Wunsch des Bezirks nach einer dauerhaften Ansiedlung des Aktiven Museums und unser Wunsch nach einer gelände-

nahen Realisierung unseres Konzepts, und das Ziel der Sicherung der offenen Jugendarbeit in der Südlichen Friedrichstadt ließen sich also hier ganz ideal kombinieren.

Zusammen mit der "Wille" haben wir also ein Konzept erarbeitet, das in groben Zügen so aussieht: Das Gebäude soll ein typisches Berliner Haus, evtl. mit intensiver Hofnutzung, werden. Immerhin ist auf dem Nachbargrundstück, der Anhalter Str. 7, von Stüler das erste typische Berliner Mietshaus mit von vorneherein angebautem Seitenflügel und damit dem typischen Berliner Zimmer gebaut worden. Im Erdgeschoß soll die Durchfahrt und der Durchgang zur Wille sein, für das Museum Ausstellungsraum und Bibliothek, evtl. Verkaufsraum/Café. Im ersten Obergeschoß ebenfalls Ausstellungsfläche, im 2. OG Arbeits- und Tagungsetage, im 3. OG Mediathek, Bibliothek, Büros, im 4. OG Archiv, Büroräume. Zur besseren Finanzierbarkeit sollen darüber einige Wohnungen möglich sein, z.B. Jugendwohnungen, die im Gebiet und überhaupt in Berlin stark gesucht werden. Die Möglichkeit für andere, das Haus auch zu nutzen, z.B. durch Anmietung einer Etage, haben wir auch angedacht.

So soll nicht nur die Existenz der Wille am Ort gesichert werden und das Museum eine Heimat erhalten, angestrebt ist auch eine starke inhaltliche Zusammenarbeit: Die Wille ist an einem Ausbau antifaschistischer Jugendarbeit interessiert; außerdem wird dort gerade eine Gästetage gebaut, so daß Seminare für Jugendliche in Zusammenarbeit Wille/Aktives Museum sich geradezu anbieten. Die Zusammenarbeit aber muß wachsen; und auch hierfür sind ideale Bedingungen vorhanden: Die Wille wird derzeit in Eigenarbeit und als Weiterbildungsmaßnahme für arbeitslose Jugendliche in großem Maße um- und ausgebaut. 3 Millionen werden unter fachlicher Anleitung bei der Herrichtung des architektonisch nicht uninteressanten Gemeindehausbaus für die Zwecke der Wille von den Jugendlichen selbst verbaut. Wir stellen uns vor, daß nach Abschluß dieser Ausbaumaßnahmen die dann geschulten Bauarbeiter/innen naht-

los weitermachen können: Beim Neubau des Aktiven Museum, der auch in großen Teilen durch Selbsthilfe erfolgen soll. So kommt zur Ausbildung im Ausbau die Erfahrung am Neubau hinzu, und von der Durchführung des Baus mit einem großen Anteil an Selbsthilfe versprechen wir uns eine stärkere Identifikation mit dem Gebäude. Außerdem ist vorstellbar, daß für bestimmte, abtrennbare Arbeiten auch internationale Jugendworkcamps, z.B. im Rahmen des SCI (Service Civile Internationale) oder der Aktion Sühnezeichen organisiert werden können, wo das, was wir schon früher als Konzept hatten: Am Ort lernen und arbeiten, in der Praxis realisiert werden kann.

Aber noch ist unklar, wo das Geld herkommen soll. Denn schließlich kostet so ein Bau. Wir müssen uns auf die Suche nach Unterstützern und Spendern begeben, Stiftungen dafür interessieren, Lottomittel beantragen ... Unsere Vorstellung aber ist: Wenn es so kommen sollte, wie es sich derzeit bezüglich des Gestapogeländes insgesamt abzeichnet: Vertagung, Verlagerung der Kompetenzen, keine Entscheidung, weiteres jahrelanges Nachdenken, - dann wollen wir wenigstens Fakten setzen.

Für Anregungen, Vorschläge, Kritik und Unterstützung dankt im Voraus:
Annette Ahme, Tel. 694 15 14, vormittags: 867 8224 (außer Donnerstags).



Die Freiheit, sich selbst treu zu bleiben

Kempinski
Hotels in
Bamberg
Berlin
Bonn
Düsseldorf
Frankfurt
Hamburg
Hong Kong
Innsbruck
München
Sondergau
Tübingen



Zentrale Reservierung: Telefon 030 22 33 33 (täglich von
Kempinski Hotels sind: Lufthansa Hotels

KEMPINSKI
HOTELS

Der Spiegel: 15.10.1990

SONDERVERANSTALTUNG DER JÜDISCHEN
VOLKSHOCHSCHULE ZUSAMMEN MIT DER
GESELLSCHAFT FÜR CHRISTLICH-JÜDISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Podiumsdiskussion

**1918 - 1923 - 1938 - 1990
Der Streit um den 9. November
in der deutschen Geschichte**

Teilnehmer:

Dr. h. c. Heinz Galinski, Vorsitzender des
Zentralrats der Juden in Deutschland,

Dr. Antje Vollmer,
Fraktionsvorsitzende DIE GRÜNEN
im Deutschen Bundestag,

Prof. Dr. Walter Jens,
Präsident der Akademie der Künste

Prof. Dr. Alfred Grosser, Politologe

Prof. Dr. Wolfgang Scheffler,
Institut für Antisemitismusforschung der
TU Berlin

Gerhard Schoenberger, Gedenkstätte Wann-
seevilla

Friedrich Schorlemmer, Pfarrer, SPD (Wittenberg)

Dr. Johannes Tuchel,
Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Gesprächsleitung: Wolfgang Menge

Dienstag, 6. November 1990, 20.00 Uhr
Ort: Jüdisches Gemeindehaus, Großer Saal,
Fasanenstr. 79/80, 1000 Berlin 12

Kostenbeitrag: 6,- DM

ermäßigt: 3,- DM (für Schüler, Studenten,
Auszubildende, Schwerbe-
schädigte sowie Pensionäre)

Wie sieht es mit der Geschichtsbewältigung bei "Kempinski" aus?
(siehe hierzu die Informationsveranstaltung des Aktiven Museums)

Berichte aus den Projekten:

Erhalten? Zerstören? Verändern?

Die Ausstellung:

Dieses ist der Titel einer dokumentarischen Ausstellung über Denkmäler der DDR in Ost-Berlin, veranstaltet von dem Aktiven Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. und der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst. Die Ausstellung lief vom 11. August 1990 bis zum 7. September 1990 in den Räumen der NGBK und ist dann vom Heimatmuseum Prenzlauer Berg, in der Prenzlauer Allee 64, übernommen worden, wo sie noch bis zum 18.11.1990 zu sehen ist.

Wie schon erwähnt, handelt es sich um eine dokumentarische Ausstellung mit Fotografien von Denkmälern, Gedenkstätten und Gedenksteinen - aufgenommen von Bernd Sinterhauf. In den dazugehörigen Texten werden die "Denkmäler" hinsichtlich ihrer Form und ihrer ideologischen Gehalte befragt. Es handelt sich um den Versuch einer ersten Bestandsaufnahme von Denkmälern im ehemaligen Ost-Berlin, mit deren Hilfe eine ideologiekritische Analyse des politischen Selbstverständnisses der DDR vorgenommen werden soll.

Darüber hinaus konnten in der Ausstellung bereits entfernte Gedenktafeln aus dem Besitz des Märkischen Museums sowie kleinformatige Reproduktionen einzelner Skulpturen aus dem Museum für Deutsche Geschichte gezeigt werden.

Zur Konzeption: Das Konzept sah ursprünglich die Beteiligung der Besucher vor, d.h. sie konnten selbst Fotografien von Denkmälern hinzufügen und

die Ausstellung kommentieren. Während in der NGBK diese Möglichkeit weniger genutzt wurde, wird von dieser Möglichkeit im Heimatmuseum Prenzlauer Berg durchaus Gebrauch gemacht. Viele Besucher schreiben dort ihre Meinung zu den Denkmälern auf.

Die Ausstellung wurde konzipiert und realisiert von der "Initiative Politische Denkmäler in der DDR" (Martin Schönfeld, Annette Tietenberg, Ulrich Hartung, Dirk Schuhmann und Eberhard Elfert). Die Ausstellung fand ein breites Presseecho, dabei kamen auch durchaus kritische Stimmen zu Wort. Martin Schönfeld und Silvia



Lenindenkmal

Photo: Ausstellungskatalog

**Bericht der Arbeitsgruppe
Politische Denkmäler der
DDR in Ost Berlin:**

Vor einigen Monaten wurde mit großer Geschwindigkeit die Mauer abgerissen, auch die Hohheitszeichen der DDR verschwanden; sehr schnell danach wurde versucht, auch noch die politischen Denkmäler der DDR zu zerstören. Unserer Meinung nach sollten Geschichtsdokumente nicht entfernt werden, um Geschichte ungeschehen zu machen. In den Medien wurde in den letzten Monaten die Führung der ehemaligen DDR mit den Nationalsozialisten gleichgesetzt, das ist Quatsch, aber im Umgang mit der Geschichte gibt es Parallelen.

Wir wollen mit unserer Ausstellung einen Anstoß für eine möglichst breite öffentliche Diskussion geben, auf deren Grundlage erst Entscheidungen über den Umgang mit den Denkmälern gefällt werden können. Es muß hier aber nicht nur über die politischen Denkmäler im Ostteil der Stadt gesprochen werden, sondern auch über die Denkmäler aus der Zeit des Kalten Kriegs in West-Berlin. Wir fordern deshalb eine unabhängige Kommission aus Fachleuten, die als Anlaufstelle sowohl von Einzelpersonen als auch von Interessengruppen eine Vorlage erarbeitet, die dem Gesamtberliner Landesparlament als Entscheidungsgrundlage dient. Damit die politischen Denkmäler der DDR nicht im Rahmen des Denkmalschutzes, der demnächst auf Bundeslandebene organisiert ist, verloren gehen, fordern wir eine

Forschungs- und Dokumentationsstelle für diese Denkmäler.

Die Zerstörung von Denkmälern geht nach wie vor weiter. Dabei gibt es drei Arten von Vandalismus:

- Der Vandalismus von Einzelpersonen, die politisch oder unpolitisch motiviert Tafeln entfernen oder Denkmäler mit Farbe beschmieren.

- Der Vandalismus von neuen Eigentümern, die Gedenktafeln an ihrem neuen Eigentum entfernen lassen.

- Der Vandalismus von Politikern (unserer Meinung nach der schlimmste Vandalismus). Viele Bezirkspolitiker meinen, sie besäßen die Verfügungsgewalt über die Denkmäler.



Foto: Denkmäler-Zentrum

Photo: Ausstellungskatalog

Problematisch erscheint uns das Vorgehen der Frau Ruster, der Kulturstadträtin von Ost-Berlin, die auf Ost-Berlin begrenzt, ohne breite öffentliche Diskussion und ohne Fachöffentlichkeit versucht, Entscheidungen über die Denkmäler herbeizuführen versucht. Wir haben in den letzten Monaten mehrere Diskussionen zum Thema veranstaltet oder mitveranstaltet. An der

letzten in der "Wabe" des Kulturhauses im Thälmann-Park nahmen Laurenz Demps, Stefani Endlich, Bruno Flierl, Rainer Höynk, Hardt-Waltherr Hämer, Hans-Ernst Mittig, Harald Olbrich, Irina Ruster teil.
Die Entfernung einer

Gedenktafel am S-Bahnhof Friedrichstraße für zwei deutsche Soldaten, die in den letzten Kriegstagen ermordet worden sind, hat uns sehr betroffen gemacht. Wir haben diese Gedenktafel am 20.11.1990 provisorisch erneuert.
Eberhard Elfert

Bericht aus der Täterinnen-AG

Anfang des Jahres 1990 wurde im Aktiven Museum ein Frauenforschungsprojekt zum Thema "Täterinnen im Nationalsozialismus" geründet.

In diesem Projekt gilt es, die aktive Teilnahme von Frauen am NS-Regime aufzuzeigen. Dieser Gegenstand ist in der Forschung bisher unbeleuchtet geblieben, da er dem Klischee der "friedfertigen Frau" widerspricht.

Wenn Frauen auch von Führungspositionen im Nationalsozialismus zum größten Teil ausgeschlossen waren, so waren sie doch auf unterer Verwaltungsebene vielfältig vertreten und zeichnen sich, so Angelika Ebbinghaus, durch eine "hohe Arbeitsidentifikation und Pflichterfüllung" aus. Es gab Sekretärinnen, Stenotypistinnen, es gab eine weibliche Kriminalpolizei und natürlich auch Schauspielerinnen und Lehrerinnen. Die nicht-berufstätigen Frauen sollten dabei allerdings nicht vergessen werden. Welche Ideologie verbreiteten Frauen z.B. in der Familie? Wie waren Frauen organisiert (NS-Frauenschaft, BDM)? Waren sie freiwillig organisiert oder nicht? Haben sie ihren Dienst gern absolviert oder nicht? Wie äußern sich faschistische Einstellungen im Alltag? Zu betrachten sind dabei die Familie, Arztbesuche, Einkaufen, Umgang mit jüdischen Freunden/Bekanntem

Im Forschungsprojekt versuchen wir, auf solche Fragen Antworten zu finden, indem wir einerseits Zeitzeuginnen interviewen, die in den 30er und 40er Jahren berufstätig waren. Andererseits wenden wir uns eigenen Themenschwerpunkten zu, u.a. NS-Bräuteschulen, Sekretärinnen, Schauspielerinnen. Das bedeutet Archivarbeit und eine theoretische Auseinandersetzung mit dem Thema. Als am schwierigsten stellt sich eine Definition des Begriffs "Täterin" dar. Anhand theoretischer Texte und eigener Gedanken, haben wir versucht, diesen Begriff zu klären. Vielleicht gibt es auch keine eindeutige Definition, oder der Begriff wird sich erst im Laufe der Arbeit konkret entwickeln. Folgende Probleme treten bei einer Definition auf:

Sind alle Frauen darunter zu fassen, auch die "Mittäuferinnen", die sich passiv verhielten, oder nur Frauen in eindeutigen Positionen? Wichtig ist, die Beziehung "Täterin-Opfer" zu sehen, und sich die Gedanken, Motive, Wertvorstellungen, die Kritik und Reflexionen einzelner Frauen zu betrachten.

Ergebnis unserer Forschungsarbeit soll eine Publikation werden. Ich glaube, daß wir einen wichtigen Beitrag zur weiblichen Geschichtsarbeit leisten werden und unser Forschungsinteresse in jedem Fall unterstützenswert ist.

Karin Koch

BERICHTE AUS DEM BÜRO:

UNSERE BEIDEN NEUEN HAUPTAMTLICHEN STELLEN SICH VOR



C H R I S T I A N E H O S S

U N D

M A R T I N B E C H E R

Mein Name ist Christiane Hoss, ich bin 48 Jahre alt und werde ab November Geschäftsführerin des Aktiven Museums sein.

Die Zeit des Nationalsozialismus, die Entwicklung, die zur Machtübergabe an die Nationalsozialisten führte und die Folgen und Nachwirkungen dieser Epoche haben mich mein Leben lang beschäftigt. Bereits als Schülerin - nach dem Schock, den die ersten Kenntnisse von den nationalsozialistischen Verbrechen, die uns nach den Kölner Synagogenschmierereien von 1959 plötzlich im Schulunterricht vermittelt wurden -, bei mir ausgelöst hatten, in die Jugendgruppe der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit einzutreten, wo ich mit anderen jungen Leuten, die einer von Michael Jovy, einem "Edelweißpiraten", gegründeten Gruppe angehörten, mich zunächst mit dem osteuropäischen Judentum und mit Israel beschäftigte. Der Frage nach der deutsch-jüdischen Geschichte und der Shoa wurde damals noch ausgewichen. Ich studierte dann Fächer aus dem Bereich der Altertumswissenschaft, um, wie ich es heute sehe, dem erschreckenden Thema Nationalsozialismus nicht zuviel Raum in meinem Leben zu geben. Bald merkte ich zwar, daß mich diese neuere deutsche Geschichte weit mehr interessierte als die gewählten Studienfächer, ich aber dennoch das Magisterexamen in diesen Fächern gemacht, weil es mir nicht sinnvoll erschien, noch länger auf der Universität zu bleiben.

Nach Heirat und Abschluß meines Studiums arbeitete ich, soweit es neben der Erziehung meiner beiden Kinder möglich war, erst zehn, dann zwanzig Wochenstunden beim Deutschen Koordinierungsrat in Frankfurt, dem Dachverband der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Dort war ich an der Kampagne gegen die Verjährung von Mordtaten des 3. Reiches, an der Vorbereitung von internationalen Jugendseminaren und Studienreisen, dem Vertrieb der Zeitschrift EMUNA beteiligt. Selbständig habe ich für den DKR halbjährlich die "Übersicht zur Lehre der Wissenschaft vom Judentum", ein Fachverzeichnis aller Institute, Lehrkörper und Lehrveranstaltungen an deutschen Hochschulen, erarbeitet, dessen Zusammenstellung mühevoll und bei dem die Abgrenzungsprobleme zu verwandten Gebieten erheblich waren. Besonders wichtig war mir die Arbeit am Projekt "Unbesungene Helden", das sich zum Ziel gesetzt hatte, für die Helfer von Verfolgten (nicht nur für die von Juden) in der Bundesrepublik eine Ehrung und Anerkennung ähnlich wie für die "Unbesungenen Helden" in Berlin zu erreichen.

In den letzten zehn Jahren war ich Geschäftsführerin der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Sie versuchte in diesen Jahren, die Lücke in der Erwachsenen- und Lehrerfortbildung zu füllen, die in Köln in Bezug auf das Gedenken an die Opfer der NS-Zeit oder die Aufarbeitung der deutschen Geschichte geblieben war. Denn das bereits 1979 vom Rat der Stadt beschlossene Dokumentationszentrum im EL-DE-Haus, dem Sitz der Gestapostelle Köln, wurde nicht eingerichtet. Die Stadt meinte, mit der Einstellung eines Historikers, der über NS-Stadtgeschichte promoviert hatte, genug getan zu haben. Die sich über sieben Jahre hinziehenden Auseinandersetzungen um die Einrichtung des NS-Dokumentationszentrums im EL-DE-Haus war meine wichtigste ehrenamtliche Arbeit in dieser Zeit. Ich war Mitglied der Initiativgruppe EL-DE-Haus und, nachdem die Einrichtung endlich durchgesetzt und das Dokumentationszentrum Ende 1988 eröffnet wurde, Vorstandsmitglied im Verein EL-DE-Haus.

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit hat zwei historische pädagogische Ausstellungen erarbeitet: 1985 die Wanderausstellung "Heilen und Vernichten im Nationalsozialismus - Köln und das Rheinland" und 1988 "100 Jahre deutscher Rassismus". Beide Ausstellungen sind, wie es meine Stellung als einzige Hauptamtliche in einem Team von Ehrenamtlichen mit sich brachte, zum entscheidenden Teil von mir erarbeitet worden. Bei den beiden von der Kölnischen Gesellschaft erarbeiteten Ausstellungen und auch bei denen, die wir nach Köln geholt haben (so z.B. "Die Welt der Anne Frank") habe ich das Gros der Führungen - jedesmal 100 oder mehr - übernommen und dabei Erfahrungen mit verschiedenen Gruppen, vor allem mit Schülern gesammelt. Führungen in der Stadt Köln zu Stätten von Verfolgung und Widerstand oder durchs "jüdisch Köln" habe ich seltener, aber regelmäßig, für Köln-Besucher, vor allem aus Israel, gemacht.

Mein Name ist Martin Becher, ich bin 29 Jahre alt und seit dem 1. Oktober dieses Jahres als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Aktiven Museum (1/2-Stelle) beschäftigt.

Ich habe Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Erwachsenenbildung studiert und als Diplom-Pädagoge abgeschlossen. Zusätzlich befinde ich mich seit längerer Zeit im Hauptstudium Politikwissenschaft, welches ich in den nächsten Jahren abschließen möchte.

Während meiner Zeit als Student war ich zwei Jahre als Hilfskraft am politikwissenschaftlichen Archiv des Otto-Suhr-Instituts tätig und ein Jahr in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Seit 1987 bin ich als freischaffender Jugend- und Erwachsenenbildner bei einem halben Dutzend Institutionen beschäftigt (gewesen), u.a. an der FU Berlin, dem Landesjugendring und der Senatsverwaltung für Schule, Berufsbildung und Sport.

Meine Haupttätigkeit in den letzten beiden Jahren bestand jedoch in einer Studie über selbstorganisierte Projekte in der Berliner Erwachsenenbildung im Rahmen einer durch die berlindeutsche Forschungsförderung unterstützten Untersuchung. Dadurch habe ich mir innerhalb der Berliner Szene einen recht guten Überblick über deren Tätigkeit und Struktur machen können.

Meine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen bis heute spürbaren Folgen fand in verschiedenen Formen statt.

Zum ersten habe ich an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand für eine kurze Zeit als Referent gearbeitet und in meiner dreijährigen Erfahrung als Jugendbildner Seminare über Rechtsradikalismus, Ausländerfeindlichkeit und Jugendbanden gehalten.

Zum zweiten lag ein Schwerpunkt meiner beiden Studiengänge auf dem Thema Nationalsozialismus, insbesondere Widerstand, Bildung und Erziehung sowie Sport und Jugend im sogenannten Dritten Reich.

Zum dritten bin ich, zusammen mit einem Kollegen vom Otto-Suhr-Institut unter der Betreuung von Wolf-Dieter Narr, dabei, eine Studie über Gedenkstättenarbeit im politischen und Geschichtsunterricht an Schulen und in der außerschulischen Jugendbildung vorzubereiten.

Als Schwerpunkte meiner Arbeit beim Aktiven Museum schwebt mir vor, die politische Bildungsarbeit zu intensivieren und in diesem Zusammenhang Kontakte innerhalb der Stadt auszubauen. Außerdem liegt es mir am Herzen, die bisherige Sammlung an Büchern, Zeitungen, Zeitschriften, Flugblättern, Veranstaltungshinweisen, Programmen und MusiCassetten zu einem benutzungsfreundlichen Archiv aufzubauen.

ICH FREUE MICH AUF DIE ZUSAMMENARBEIT MIT EUCH!

Rückblick auf unsere Arbeit

Vom Potsdamer Platz zum

Daimler-Benz Platz?

Anlaß der Informationsveranstaltung des Aktiven Museums am 28.6.1990 war der damals noch geplante - heute bereits vollzogene - Verkauf des Potsdamer Platzes an Daimler-Benz. Der Konzern beabsichtigt, dort sein Dienstleistungsunternehmen "Daimler-Benz-Interservices (Debis)" anzusiedeln und lockt mit der Schaffung von 2000 bis 3000 neuen Arbeitsplätzen (die Zahlen werden ständig nach unten korrigiert) - wobei ein Großteil des Gebäudes nicht von dem Konzern selbst genutzt, sondern gewerblich vermietet werden soll, so daß insgesamt ca. 6000 Menschen auf dem Potsdamer Platz arbeiten werden. Da sich die Kritik an dem Vorhaben von Daimler-Benz hauptsächlich auf städteplanerischer und architektonischer Ebene bewegte oder aber sich an dem Kaufpreis von 1500 DM pro Quadratmeter entzündete, ging es dem Aktiven Museum darum, die politische Dimension des "deals" zwischen dem Senat und Daimler-Benz aufzuzeigen. Zum einen handelt es sich bei dem Potsdamer Platz nicht um einen beliebigen Ort in Berlin, sondern um die größte noch unbebaute Fläche im Herzen der Stadt, die sich überdies in unmittelbarer Nachbarschaft zu dem früheren GESTAPO-Gelände befindet. Die Bebauung dieses Geländes sagt daher auch etwas über das Selbstverständnis des neuen wiedervereinigten Berlins als Hauptstadt eines vereinigten Deut-

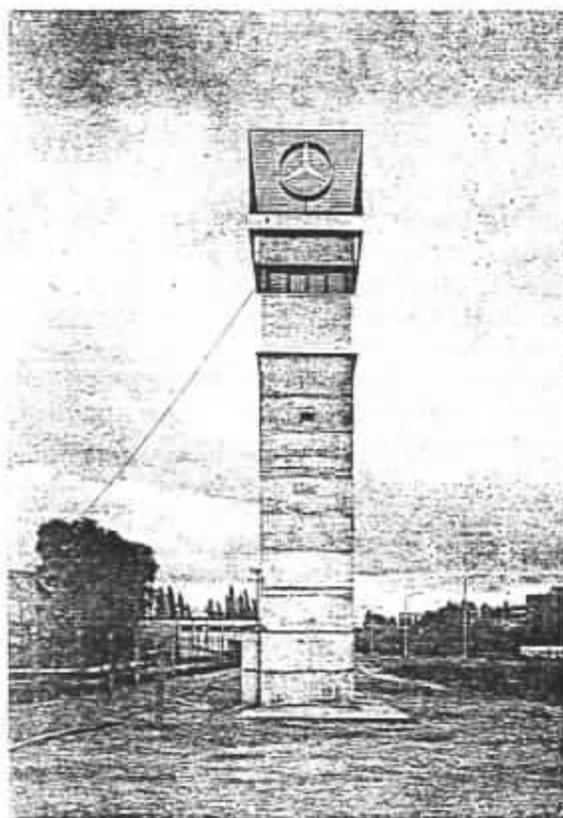
schland aus. Die auf dem Potsdamer Platz entstehenden neuen Gebäude haben - über ihren praktischen Verwendungszweck hinaus - repräsentative Funktion und symbolischen Gehalt. Es kann also nicht nur darum gehen, ein bevorstehendes Verkehrschaos und die Verunstaltung der Stadt abzuwenden - beides würde die Errichtung eines monumentalen Dienstleistungszentrums durch Daimler-Benz auf dem Potsdamer Platz unweigerlich mit sich bringen - vor allem stellt sich die Frage nach der politischen Wünschbarkeit und Verantwortbarkeit der "Besetzung" des Potsdamer Platzes mit Daimler-Benz. Was bedeutet es für unser Selbstverständnis und unseren Umgang mit der Geschichte - insbesondere unserer nationalsozialistischen Vergangenheit - wenn der Stern von Daimler-Benz sich zwischen dem Reichstagsgebäude und dem ehemaligen GESTAPO-Gelände erhebt?

Um hier Entscheidungskriterien zu gewinnen, gilt es sich sowohl mit der Geschichte des Konzerns als auch mit seinen gegenwärtigen Produktions- und Geschäftsstrategien auseinanderzusetzen. Um uns über beide Aspekte nähere Informationen zu verschaffen, hatten wir zwei Referenten eingeladen, Peter Barth und Burkhard Huck. Peter Barth, ehemaliger Mitarbeiter des Starnberger Instituts für

Friedensforschung, referierte über die Rolle von Daimler-Benz im "Dritten Reich", während Burkhard Huck, Friedens- und Konfliktforscher, einen Vortrag über die gegenwärtige Unternehmenspolitik hielt. Ohne die beiden Vorträge rekapitulieren zu wollen, läßt sich als Ergebnis festhalten, daß der Konzern eng mit dem nationalsozialistischen Terrorregime zusammengearbeitet, von dieser Kooperation kräftig profitiert hat und - damals wie heute - der größte Rüstungsproduzent in Deutschland ist. Burkhard Huck gab allerdings zu bedenken, daß der Konzern über viele alternative umweltfreundliche Technologien verfüge - so z. B. eine Anlage zur Herstellung von Solarzellen - die aber nicht zum Einsatz kommen. Burkard Hucks Vorschlag, den Konzern auf dem Potsdamer Platz gewähren zu lassen, unter der Bedingung, daß er von dort die Verbreitung umweltfreundlicher Technologien betreibe, wurde kontrovers diskutiert. Selbst wenn "Debis" nicht direkt etwas mit der Rüstungsproduktion von Daimler-Benz zu tun hat und sich vielleicht wirklich mit dem Einsatz alternativer Technologien befaßt, so bleibt doch die Tatsache, daß der Konzern zum einen immer noch der größte Rüstungsproduzent in Deutschland ist - egal wo die Produktion im einzelnen stattfindet - zum anderen kann man/frau wohl kaum von einer Aufarbeitung der Vergangenheit reden, wenn man in Betracht zieht, daß der Konzern nur ungefähr die Hälfte seiner 50 000 ZwangsarbeiterInnen entschädigt hat.

Mit ungefähr dreißig Personen entsprach die BesucherInnenzahl zwar keineswegs der Bedeutung des Themas - wohl aber unseren Erwartungen.
Silvia

Was bedeutet der Fall des "antifaschistischen Schutzwalls" für Daimler-Benz?



Hans Haackes künstlerische "Besetzung" eines ehemaligen Wachturms für das Ausstellungsprojekt "Die Endlichkeit der Freiheit Berlin 1990", setzt der Phantasie keine Grenzen. Das Daimler-Benz Emblem auf einem Überrest des ehemaligen "antifaschistischen Schutzwalls" könnte man/frau dahingehend interpretieren, daß für den Konzern nun endlich das wichtigste Hindernis für eine Eroberung der Märkte Osteuropas gefallen ist - die Mauer.

"Die Mauer ist ein historisches Denkmal und kein Steinbruch"

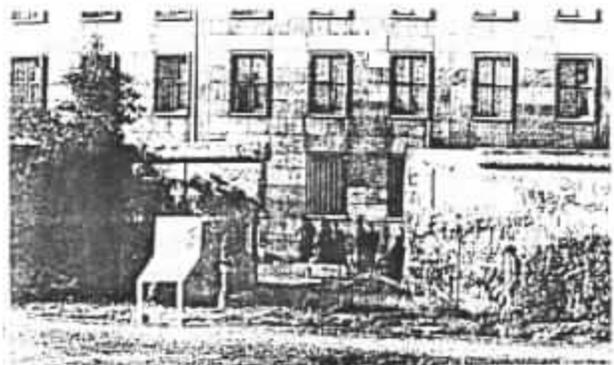
Das Aktive Museum - wie auch mehrere andere Institutionen - setzt sich schon seit längerem für den Erhalt der Mauer zwischen dem ehemaligen GESTAPO-Gelände und dem früheren Reichsluftfahrtministerium ein. Praktisch betrachtet, schließt die Mauer das ehemalige GESTAPO-Gelände von der Käthe-Niederkirchner Straße ab und gewährt somit Schutz vor "Übertritten" von Passanten. Inhaltlich gesehen werden an diesem Ort verschiedene Phasen und Traditionen deutscher Geschichte sichtbar, verkörpert durch das Gebäude des ehemaligen preußischen Reichstags, das Luftfahrtministerium, die Überreste der Gebäude auf dem GESTAPO-Gelände und die Mauer. Es handelt sich hier um einen idealen Ort, um die Geschichte als Prozeß zu rekonstruieren, wobei es uns insbesondere darum geht, daran zu erinnern, daß auch die Errichtung der Mauer ein Ergebnis von Hitlers Eroberungskriegen darstellt. Auch die Mauer ist ein Stück deutscher Geschichte, sie sollte zum historischen Mahnmal werden, und uns stets zum Nachdenken über die Bedingungen ihrer Entstehung bewegen.

Um die "Mauerspechte" auf unser Anliegen hinzuweisen, haben wir am 26.7.1990 einige Stunden lang an der Mauer am früheren GESTAPO-Gelände Flugblätter verteilt, mit den Passanten - zum größten Teil Touristen - diskutiert und die Mauer mit unseren Flugblättern be-

klebt. Erstaunlicherweise waren die meisten Passanten dafür, die Mauer an dem besagten Ort als historisches Mahnmal zu erhalten.

Selbstkritisch muß jedoch gesagt werden, daß diese Aktion nur symbolischen Charakter trug. Selbst wenn einige Mauerspechte das Hämmern wirklich aufgaben, so wird das die Existenz der Mauer an diesem Ort nicht wesentlich verlängert haben. Die Souvenirjäger trifft allerdings nur vordergründig die Schuld am langsamen Zerfall der Mauer - sie wissen gewöhnlich wenig über das Gelände und die historischen Zusammenhänge, die uns für den Erhalt der Mauer an diesem Ort eintreten lassen. Verantwortlich sind diejenigen in der Senats- und Magistratsverwaltung, die die Verantwortung hin und herschieben und die Touristen und Händler derweil zu VollzieherInnen des Abrisses machen, während sie selbst untätig bleiben. Nötig wäre eine radikale Absperrung der Mauerüberreste durch einen Zaun z.B. - was nun vor einigen Wochen endlich auf Betreiben des Magistrats geschehen ist.

Silvia



1. S E P T E M B E R 1 9 9 0

Am Antikriegstag hat - wie im letzten Jahr - das AKTIVE MUSEUM zusammen mit den DGB eine Kundgebung organisiert. Vor dem Gestapo-Gelände am Martin-Gropius-Bau versammelten sich mehrere hundert Menschen, um des Ausbruchs des 2. Weltkrieges zu gedenken. Rund um den Platz waren die verschiedensten Organisationen mit Info-Ständen vertreten. Alle Redner - Michael Pagels, Robert Zeiler, Hilde Schramm - gingen auf die friedenspolitische Bedeutung der Ent-

wicklung in Deutschland ein. Sie erinnerten an die deutsche Vergangenheit und hoben die besondere Verantwortung der Deutschen für die Entwicklung einer Im Rahmenprogramm bot der Hans-Beimler-Chor Antikriegs- und Friedenslieder dar. Die Presse hat dem Antikriegstag und unserer Veranstaltung - außer einer kleinen Ankündigung im Tagesspiegel - kein Interesse entgegengebracht. Wir dokumentieren auch deshalb die Rede unseres Vorstandsmitgliedes Robert Zeiler

Rede von Robert Zeiler zum ersten September 1990

Robert Zeiler ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten in Berlin und Mitglied des Vorstandes des Aktiven Museums - Faschismus und Widerstand in Berlin

Werte Bürgerinnen und Bürger!

Jedes Jahr, an diesem Tag, müssen wir des Beginns des 2. Weltkriegs gedenken, der von deutschem Boden ausging und fast ganz Europa in Schutt und Asche legte und über 50 Millionen Tote gekostet hatte! Diesem verlorenen Angriffskrieg verdanken wir die "Mauer", die Deutschland fast ein Lebensalter geteilt hat.

Mit dem Abbau von Feindbildern in Ost und West ist heute diese Mauer überflüssig geworden! Dafür danken wir besonders Michael Gorbatschow, UDSSR und Georg Bush, USA! Und nicht zuletzt Willi Brandt!

Der Ort, an dem wir hier stehen, die ehemalige Zentrale der faschistischen Willkürherrschaft, das Gelände, auf dem die Folter-Keller nach 1933 heute noch sichtbar sind - dank der unermüdlichen Arbeit des "Aktiven Museums/Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.", das bemüht ist, die faschistische und nationalsozialistische Vergangenheit aufzuarbeiten, und den Ort der Täter der gegenwärtigen und künftigen Generation nahezubringen und auseinanderzusetzen, damit derartiges nie wieder in Deutschland geschieht!

Wir bedanken uns bei dieser Gelegenheit beim rot/grünen Senat und der zuständigen Senatorin für kulturelle Angelegenheiten, Anke Martiny, daß, wenn auch relativ bescheidene finanzielle Mittel dem Verein zur Verfügung gestellt wurden, um wenigstens zwei hauptamtliche Mitarbeiter einstellen zu können.

Die hervorragende Ausstellung "Topographie des Terrors", die seit einigen Jahren von 100 000en Besuchern aus dem In- und Ausland mit größtem Interesse angenommen worden ist, sollte eine Ergänzung durch die Vorhaben des "Aktiven Museums - Faschismus und Widerstand" finden. Alleine deshalb, weil dieser Ort, das GESTAPO-Gelände in der ehemaligen Prinz-Albrecht-Str., nunmehr - nach dem Fall der Mauer - mitten im Zentrum unserer "Groß-Stadt" und vielleicht wieder Hauptstadt Berlins liegt!

Wir wären sehr dafür, wenn die nach dem Krieg nach einer Widerstandskämpferin umbenannte "Niederkirchner Straße" einen Hinweis auf die ehemalige "Prinz-Albrecht-Str." erhalten

würde und der Straßenverlauf durch Markierungen und Hinweistafeln auf ihre traurige Vergangenheit gekennzeichnet würde. Wie wichtig die Aufarbeitung unserer jüngsten Vergangenheit ist, zeigt die Tatsache, daß in der Präambel des "Einigungsvertrages" der beiden deutschen Staaten das Schicksal der Juden und der anderen Opfer der Nazi Herrschaft nicht angemessen berücksichtigt werden soll, obwohl ganz Deutschland für die Vergangenheit in Zukunft verantwortlich sein wird.

"Die Stunde und Gunst der späten Geburt" darf die Geschichte nicht vergessen lassen!!!

Gerade heute ist es erforderlich, sich mit den Schuldigen und Peinigern und deren Opfern auseinanderzusetzen:

1933 - 1945 1945 - 1950 und darüber hinaus!!!

"Berlin ist Vorreiter gegen kriegerische Auseinandersetzung und für die Friedensbewegung in der Verantwortung" - so der Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper, im ZDF, am 23. August 1990.

Hierbei ist die Friedensbewegung und die Friko gefordert!

Ich schließe mich dem immer noch geltenden Aufruf: "Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg!!!" an.

"Antikriegstag ist Friedenstag"



Mit dieser Tafel will das AKTIVE MUSEUM auf die Geschichte dieser Straße hinweisen. Zugleich lehnen wir es jedoch ab, daß im Zuge der Vereinigung Berlins Straßen, die nach 1945 auch antifaschistischen Widerstandskämpfern benannt wurden, nun wieder umbenannt werden sollen. Wir weisen im Gegenteil darauf hin, daß es in dieser Stadt noch viel zu wenig Orte und Plätze gibt, die an den Widerstand gegen den Faschismus erinnern.

9. SEPTEMBER 1990

Mitglieder des AKTIVEN MUSEUMS brachten am 1. September an der Ecke Stresemannstraße/Niederkirchnerstraße ein zusätzliches Straßenschild an:

Bis 1951:
PRINZ-ALBRECHT-STRASSE

Zwischen 1933 und 1945 war dies die gefürchtetste Adresse in Berlin: In der Prinz-Albrecht-Str.8 befand sich das Hauptquartier der Gestapo. 1951 wurde die Straße zum Gedenken an die von den Nazis hingerichtete Widerstandskämpferin Käthe Niederkirchner umbenannt.

Das soll so bleiben.

AKTIVES MUSEUM FASCHISMUS UND WIDERSTAND IN BERLIN e.V.



Zum ersten Mal nahm das AKTIVE MUSEUM mit einem Info-Stand am antifaschistischen Gedenktag in Ost-Berlin teil.

Diverses

Straßenumbenennungen

Anfang September diesen Jahres griff der Ostberliner Stadtrat Thomas Krüger die schon seit Juli schwelende Diskussion um Straßenumbenennungen im Ostteil der Stadt auf und setzte eine Arbeitsgruppe dazu ein. Die administrative Leitung und Koordination liegt zwar bei der Magistratsverwaltung für Inneres, die Arbeitsgruppe selbst besteht allerdings aus VertreterInnen der einzelnen Bezirke, denn die Straßenumbenennungen fallen gemäß den "Ausführungsvorschriften zu §5 des Berliner Straßengesetzes - Benennung" vom 6.12.1990 in deren Zuständigkeitsbereich. In den einzelnen Bezirken sind neben KulturwissenschaftlerInnen auch Angestellte aus den Hoch- und Tiefbauämtern mit der Durchführung des Umbenennungsprozesses beauftragt worden (worin zum Ausdruck kommt, daß die Umbenennungen nicht unedingt als Politikum betrachtet werden).

Nachdem Herr Krüger Anfang September die Berliner Bevölkerung gebeten hatte, Vorschläge für Straßenumbenennungen einzureichen, sind inzwischen von über dreihundert BürgerInnen - im wesentlichen BerlinerInnen - knapp tausend Umbenennungsvorschläge eingegangen. Die meisten beziehen sich auf Straßen, aber auch U- und S-Bahnhaltestellen sind betroffen. Wertet man die Zuschriften gemäß der Häufigkeit der Namensnennungen aus, so betrafen die meisten Zuschriften die folgenden Straßen/Plätze:

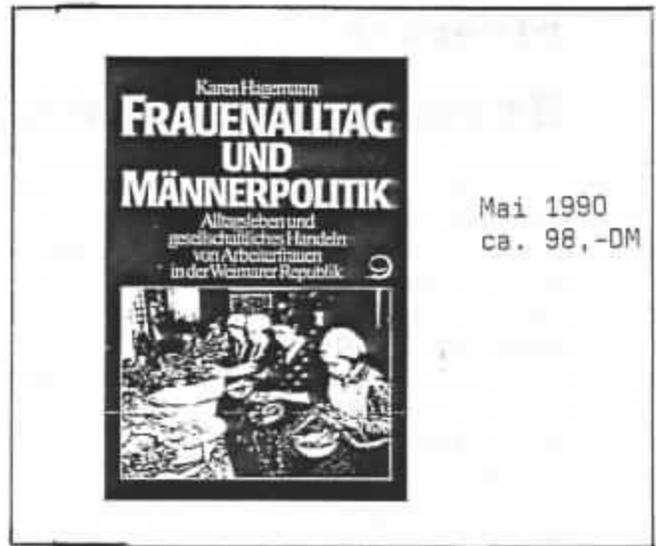
- Ho-Chi-Minh-Str.
- Hermann-Duncker-Str.
- Jacques-Duclos-Str.

- Leninallee, -platz, denkmal
- Dimitroffstr.
- Indira-Gandhi-Str.
- Klement-Gottwald-Allee
- Clara-Zetkin-Str.
- Straße der Befreiung
- Straße der Pariser Kommune
- Otto-Grotewohl-Str.
- Johannes-Dieckmann-Str.
- Herman-Matern-Str.
- Wilhelm-Pieck-Str.
- Johannes-R.-Becher-Str.
- Otto-Nuschke-Str.
- Albert-Norden-Str.
- Rosa Luxemburg-Platz/Straße
- Karl-Liebknecht-Str.
- Marx/Engels-Platz/Brücke
- Paul-Verner-Str.
- Hans-Beimler-Str.
- Willi-Bredel-Str.
- Karl-Maron-Str.
- Platz der Akademie
- Ernst-Thälmann-Str.
- Ernst-Thälmann-Park
- Ernst-Thälmann-Denkmal
- Reinhold-Huhn-Str.
- Heinz-Hoffmann-Str.
- Egon-Schultz-Str.
- Karl-Marx-Allee
- Babeufstr.
- Bersarinplatz, -straße
- Bruno-Leuschner-Str.
- John-Schehr-Str.
- Karl-Lade-Str.
- Konrad-Wolf-Str.
- Otto-Winzer-Str.
- Paul-Robeson-Str.
- Wilhelm-Külz-Str.

Es fällt auf, daß die Umbenennungsvorschläge überwiegend Straßen betreffen, die nach dem Sozialismus verpflichteten Persönlichkeiten - seien es PolitikerInnen oder SchriftstellerInnen - oder aber nach antifaschistischen WiderstandskämpferInnen benannt sind.

Die Ursachen für den gegenwärtigen Drang zur Umbenennung liegen sicherlich zumindest teilweise in dem Verfahren der Benennung

durch das SED-Regime begründet. Die Vergabe von Straßennamen war ein administrativer Akt, auf die Wünsche und Gefühle der Bevölkerung wurde keine Rücksicht genommen, folglich war es natürlich für die Anwohner schwierig, sich z.B. mit einer Ho-Chi-Minh-Str. zu identifizieren - ganz abgesehen von Problemen mit der Rechtschreibung. Darüber hinaus drängt sich allerdings der Gedanke auf, daß man/frau sich pauschal - durch "Ent-nennung" - seines politischen Erbes zu entledigen trachtet. Ähnlich, wie bei der schon angelaufenen Entfernung sozialistischer Denkmäler in Ostberlin, wird versucht, die Erinnerung an die letzten vierzig Jahre zu tilgen, statt die eigene Verwicklung in das System zu untersuchen. Wenn auch die Umbenennungswünsche einseitig in eine Entfernung sozialistischer Persönlichkeiten und antifaschistischer Widerstandskämpfer aus dem öffentlichen Raum zu münden droht, so bietet der einmal in Gang gebrachte Prozeß auch Möglichkeiten zur Politisierung der betroffenen Anwohner. Den einzelnen Bezirken ist es grundsätzlich freigestellt, wie sie mit den Umbenennungswünschen ihrer BürgerInnen verfahren. Zumindest in einigen Stadtbezirken - wie Hohenschönhausen und Prenzlauer Berg - sollen Straßenumbenennungen nur als Ergebnis eines ausgiebigen öffentlichen Diskussionsprozesses in jedem Einzelfall erfolgen. Es sollen sowohl Informationsveranstaltungen als auch Ausstellungen stattfinden, in die die EinwohnerInnen mit einbezogen werden. In manchen Stadtteilen stehen alle Straßennamen zur Disposition, in anderen sind bestimmte Kategorien ausge-



nommen wie z.B. in Friedrichshain, wo die Namen antifaschistischer Widerstandskämpfer, die zum Tode verurteilt worden sind, prinzipiell bleiben sollen. So notwendig ein öffentlicher Diskussionsprozeß selbstverständlich ist, so stellt sich doch die Frage nach seiner Strukturierung. Soll eine Neubenennung nicht das Produkt einer zufälligen Mehrheit sein, so gilt es, klare Entscheidungskriterien zu entwickeln. Auf meine Frage hin, was denn sei, wenn die Mehrheit der Anwohner eine Straße nach Göring benennen wolle, meinte einer der Verantwortlichen sinngemäß, wenn das die Entscheidung der Betroffenen sei, müsse man diese respektieren. Wir, als Aktives Museum, stehen vor der Frage, ob und wenn ja, wo wir eingreifen können und wollen. Zunächst, so denke ich, ist es wichtig, den Prozeß zu beobachten und zu verfolgen, wo wie welche Straßen umbenannt werden, um gegebenenfalls den Diskussionsprozeß mitzugestalten. Darüber hinaus steht es uns natürlich offen, selbst den Vorschlag von Thomas Krüger aufzugreifen und Umbenennungen vorzuschlagen, die uns politisch wünschenswert erscheinen.

Silvia

Film über die Mauer und das GESTAPO-Gelände

Um die Kontroverse über Erhalt oder Abriß der Mauer insbesondere am GESTAPO-Gelände auch dem britischen Publikum näher zu bringen, wurde am 23.10.1990 auf die Anregung Fredrick Bakers hin (Mitglied des Aktiven Museums) vor Ort gefilmt. In einem Interview begründete Sabine Weißler, warum sich das Aktive Museum für den Erhalt der Mauer zwischen dem ehemaligen Luftfahrtministerium und dem früheren GESTAPO-Gelände einsetzt - wobei sie besonders auf den historischen Zusammenhang zwischen der Herrschaftszenrale des

"Dritten Reichs" und der Errichtung der Mauer verwies. Darüber hinaus kamen u.a. zu Wort: Herr Prof. Scheel (Ost-Berlin) als ehemaliger Gefangener im GESTAPO-Gefängnis, Herr Alfred Kerndel, welcher von Seite des Senats der für die Ausgrabungen auf dem Gelände zuständige Archäologe ist, Herr Hagen-Koch, der für die Mauer zuständige Denkmalschützer in Ost-Berlin, Frank Dingel von der "Topographie des Terrors". Der Film wird in England am 6.11.1990 auf dem "Channel 4" gegen 20 Uhr ausgestrahlt.

Silvia

Das Koffermuseum

Auf Anregung unseres Mitgliedes Andreas Ludwig, Berliner Geschichtswerkstatt, planen wir die Erstellung eines Koffer-Museums unter dem Motto: "Ein Museum geht zu den Menschen".

In dem Koffer-Museum sollen schon zur

- Stadtpläne und Karten
- eine Dia-Serie über die "Zentrale des Terrors"
- eine Sammlung von Fotos
- Bücher
- und anderes

Für Hinweise und Materialien sind wir dankbar!

Verfügung stehende und noch zu erarbeitende Materialien über das Gestapo-Gelände kompakt zugänglich gemacht werden.

Das ausleihbare Koffer-Museum kann benutzt werden als:

- Unterrichtsmaterial
- Grundlage für die Arbeit von Gruppen und Initiativen
- Informationsgrundlage für den Schulunterricht
- Vorbereitungsmaterial für Gruppenfahrten und Exkursionen
- Ausgangspunkt für eigene Forschungen

Die Arbeitsmaterialien befassen sich mit:

- der Geschichte und Funktion des Gestapo-Geländes als Schwerpunkt
- den Wirkungen, die vom Gestapo-Gelände auf Deutschland und auf das besetzte Europa ausgingen

Die Arbeitsmaterialien werden umfassen:



antifaschistischer KALENDER 1991

Der erste Antifa-Taschenkalender ist ab sofort bei uns zu erhalten. Inhalt u.a. Infos, Adressen, Selbstdarstellungen, übersichtlicher Wochenplan u.a.m.

Preis: 10 DM, bar oder in Briefmarken, zu bestellen beim

AJF-Versand

Gneisenastr. 2a, 1000 - 61

Gedenktafel entfernt - Gedenktafel erneuert!

Am 20. Oktober brachten Mitglieder des AKTIVEN MUSEUMS eine provisorische Gedenktafel - für die von Unbekannten entfernte - am S-Bahnhof Friedrichstraße an. Nachstehend dokumentieren wir den Text des Flugblattes:

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!
Unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg der größte Wunsch, ein Schwur.
Unter diesem Eindruck wurde vielen verfolgten und ermordeten Widerstandskämpfern gedacht.
Am S-Bahnhof Friedrichstraße hing eine Gedenktafel für zwei ermordete Soldaten:

"Kurz vor Beendigung des verbrecherischen Hitlerkrieges wurden hier zwei junge deutsche Soldaten von entmenschten SS-Banditen erhängt".

Anfang Oktober wurde die Gedenktafel entfernt. Wer das getan hat und aus welchem Grund ist nicht bekannt. Diese Tafel war eine der ersten Gedenktafeln, die nach dem 2. Weltkrieg in Berlin angebracht worden sind. Der Text drückt die unmittelbare Betroffenheit der Menschen aus. Auch wenn man heute eher andere Worte finden würde, so darf die Tat durch die Entfernung der Tafel nicht in Vergessenheit geraten.



Photo: Ausstellungskatalog:
Erhalten? Zerstören? Verändern?

Heute werden - insbesondere im Osten Berlins - Diskussionen darüber geführt, die politischen Denkmäler verschwinden zu lassen.

**DAS WEICHE WASSER
HÖHLT DEN STEIN**

AUSSTELLUNG VOM 21.10. - 25.11. '90

10. JAHRE FRIEDENSINITIATIVE WILMERSDORF
ALS BEISPIEL FÜR 10 JAHRE FRIEDENSARBEIT
IN UNSERER STADT

GALERIE SCHLANGENBADERSTR. 25, 1/33
DI, DO, FR, SA, 14-18 UHR, MI 14-20 UHR
U-BHF. RÜDESHEIMER PLATZ, BUS 87 U. 80

Zeichnungen aus dem Frauen-KZ Ravensbrück werden ausgestellt

„Hoffnung, die in uns lebt“ heißt eine Ausstellung über das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, die vom 1. November bis zum 30. Dezember im Pädagogischen Zentrum, Uhlandstraße 97 in Wilmersdorf, zu sehen ist. Gezeigt werden in Zusammenarbeit mit der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück Zeichnungen der im KZ eingesperrten und mißhandelten Frauen.

Das Lager war 1939 am Schwedtsee 80 Kilometer nördlich von Berlin errichtet worden. Es wird angenommen, daß 132 000 Menschen das KZ und seine über 70 Außenlager durchleiden mußten. Die Verschleppten gehörten 42 Nationalitäten an, in der Mehrzahl Frauen unter 30 Jahren. Selbst Kinder befanden sich unter den Eingesperrten.

Die Ausstellung ist montags und donnerstags von 11 bis 18 Uhr geöffnet; dienstags, mittwochs und freitags von 11 bis 16 Uhr. Schulklassen können die Ausstellung nach telefonischer Anmeldung (86 87-2 23 und -2 03) auch montags bis freitags von 8 bis 11 Uhr besichtigen.

(Tsp)

Veranstaltungen zu den Judenpogromen:

- 6.11.1990 "Religiöse Ursprünge des Antisemitismus - vom vorchristlichen Antisemitismus bis heute". Begegnung mit dem jüdischen Religionswissenschaftler Hermann Adler, Basel. Veranstalter ist das Evangelische Bildungswerk Berlin, Goethestr. 27, 1000 Berlin 12, Uhrzeit: 19.30, Anmeldung erbeten: Tel. 3191267/223
- 6.11.1990 "1918 - 1923 - 1938 -1990 Der Streit um den 9. November in der deutschen Geschichte". Die Jüdische Volkshochschule und die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit laden zu einer Podiumsdiskussion ein. Diese findet um 20 Uhr im Jüdischen Gemeindehaus, Großer Saal, Fasanenstr. 79/80, 1000 Berlin 12 statt.
- 7.11.1990 "Wieso ist Israel das auserwählte Volk? - Erwählungsglaube in Religionen und Völkern". Begegnung mit Hermann Adler, Veranstalter: Evangelische Bildungswerk Berlin (siehe oben!)
- 8.11.1990 "Kempinski-Krimi". Das Aktive Museum lädt zu einer Diskussionsveranstaltung ein mit: Fritz Teppich für die Familie Kempinski; Horsta Krum, Pfarrerin; Klaus Croissant, Rechtsanwalt. Die Veranstaltung findet um 20 Uhr im Saal der Kirchengemeinde zum Heiligen Kreuz in der Nostizstr. 6/7, 1/61 statt.
- 9.11.1990 Um 11 Uhr hält der Zentralrat der Juden in Deutschland eine Gedenkstunde in der Synagoge in der Rykestraße, Berlin 1055, ab
- 9.11.1990 Die Arbeitsgemeinschaft Judentum und Christentum in der Evangelischen Kirche in Berlin Brandenburg lädt um 19.30 Uhr zu einer Gedenkveranstaltung in der Sophienkirche, Große Hamburger Straße ein.
- 9.11.1990 Mahnwache in der Hochmeisterkirche zum Gedenken an das Pogrom von 1938; Erfahrungsberichte und Lyrik aus dem Wilnaer Ghetto. Veranstalter: Evangelisches Bildungswerk Berlin (siehe oben); Beginn: 20 Uhr.
- 9.11.1990 Kammerkonzert des Kammermusikensembles "Cantzonetta Berlin". Gespielt werden vorraussichtlich Werke von Beethoven, Brahms und einem jüdischen Komponisten. Veranstalter: Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Berlin e.V.; Veranstaltungsort: Konzertsaal, Bundesallee 1-12, 1000 Berlin 15; Beginn: 20 Uhr
- 9.11.1990 Mahnwache in Form einer Menschenkette rund um die "Alte Wache", einer Gedenkstätte der Opfer des Faschismus, Unter den Linden; Veranstalter: VVN; Zeitpunkt: 17-18 Uhr

- 9.11.1990 "Ich habe im Traum geweint..." mit Udo Samel und Alan Marks. Es geht um die Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der Juden in Deutschland - VOR ALLER AUGEN. Veranstalter: Maxim Gorki Theater, Unter den Linden, Studiobühne; Beginn 21.00 Uhr; Karten sind ab sofort an der Kasse 208 27 83 oder im Besucherservice 208 27 84 erhältlich; Eintrittspreis: 20,-DM
- 9.11.1990 Die Evangelische Jugend und die Liederwerksstatt Kreuzberg laden ein zur Eröffnung der Ausstellung "Der gelbe Stern"; Ausstellungsort: Marheinekeplatz 1/2 in Kreuzberg; Zeit 18 Uhr
- 9.11.1990 Der Bund der Antifaschisten (Ost-Berlin) ruft mit auf zu der Gedenkveranstaltung in der Sophienkirche und plant danach - gemeinsam mit anderen demokratischen und antifaschistischen Initiativen und Organisatinen - eine Mahnwache vor dem ehemaligen jüdischen Altersheim in der Großen Hamburger Straße (nahe dem S-Bahnhof Marx-Engels-Str. in Ost-Berlin). Dort wurden früher die jüdischen BürgerInnen gesammelt, und von dort wurden sie auch deportiert. Zeitpunkt: gegen 20 Uhr. Das genaue Programm stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest.
- 26/27.11.1990 "Die Beute bleibt Deutsch": Eine Arisierungssrevue unter Mitwirkung der Brecht-Tochter Hanne Hiob; Veranstalter: Hebbel-Theater und das Aktive Museum; Veranstaltungsort: Hebbel-Theater, Stresemanstr. 29, 1000 Berlin 61; telefonische Kartenreservierung: Tel. 251 01 44; Beginn 20 Uhr

Weitere Veranstaltungen/Ausstellungen:

- 7.10.1990 Eröffnung der Ausstellung "Erhalten? Zerstören? Verändern?" Es handelt sich um eine dokumentarische Ausstellung über Denkmäler der DDR in Berlin. Veranstalter: Aktive Museum und die Neue Gesellschaft für Bildende Kunst; Ausstellungsort: Heimatmuseum Prenzlauer Berg, Prenzlauer Allee 64, 1055 Berlin; Ausstellungendauer: 7.10.-16.11.1990
Öffnungszeiten: Di. 11-19 Uhr, Mi.-Fr. 11-17 Uhr, So. 13-18 Uhr
- 21.10.1990 Eröffnung der Ausstellung "Das weiche Wasser höhlt den Stein"; 10 Jahre Friedensinitiative Wilmersdorf - als Beispiel für 10 Jahre Friedensarbeit in unserer Stadt; Veranstalter: Bezirksamt Wilmersdorf; Ausstellungsort: Galerie in der Schlangenbaderstr. 25, 1000 Berlin 33, Veranstaltungsdauer: 21.11. - 25.11.1990; Öffnungszeiten: Di., Do., Fr., Sa.: 14-20 Uhr
- 26.10.1990 um 19 Uhr, Eröffnung der Ausstellung "Denk-Mal-Prozesse: Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in den 80er Jahren";

Veranstalter: Bezirksamt Neukölln, Abt. Volksbildung (Kunstamt) gemeinsam mit dem Aktiven Museum; Ort: Galerie im Saalbau, Karl-Marx-Str. 141; Öffnungszeiten: Di.-So.: 11.18 Uhr

- 1.11.1990 18 Uhr: Eröffnung der Fotoausstellung von Krzysztof Gieratowski, Warschau: nowe portrety - neue portraits; Veranstalter: Evangelisches Bildungswerk Berlin, Goethestr. 27, 1 Berlin 12. Ort: Haus der Kirche, Veranstaltungsdauer: 1.11-23.11.1990
- 11.11.1990 Symposium: "Spätschäden bei den Opfern des NS" in der Chariete, Meldung bei Alexandra Rossberg, Postfach 330344, 1000 Berlin 33
- 15.11.1990 um 19 Uhr, "Chancen der Rüstungskonversion am Beispiel Daimler Benz". Es handelt sich um eine Podiumsdiskussion veranstaltet von der Aktion Sühnezeichen/ Friedensdienste; Veranstaltungsort: Haus der Kirche, Goethestr. 27-30,
- 29.11.1990 um 19.45: Gedenkveranstaltung für Dr. Klaus Scheurenberg (20.9.1925-14.6.1990); Veranstalter: Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und der Bezirksbürgermeister von Berlin-Tempelhof; Veranstaltungsort: Saal der Bezirksverordnetenversammlung, Rathaus Tempelhof, Tempelhofer Damm 165, Berlin 42

Tel Aviv, New York, Berlin

Ein Festival jüdischer Künstler im Haus der Kulturen der Welt

Sie kommen aus Tel Aviv, New York und Berlin: Jüdische Musiker, Tänzer und Schauspieler treten diesen Monat im Haus der Kulturen der Welt auf. *Zwischen Erinnerung und Gegenwart* nennt sich das Programm, eine Mischung aus Klezmer, Tanz, Performance und Theater. Im Gegensatz zum Kulturfestival der Jüdischen Gemeinde im Juni umfaßt das Programm musikalische Spitzen aus den USA und aktuelles Theater aus Israel, das Anlaß zu politischer Auseinandersetzung gibt.

— Zum Beispiel Klezmer: Dem Haus der Kulturen der Welt ist es (im Gegensatz zur Jüdischen Gemeinde) gelungen, die New Yorker Gruppen Brave Old World und The Klezmatics zu gewinnen, zwei der besten Ensembles dieser jüdisch-osteuropäischen Musikrichtung überhaupt. The Klezmatics (Freitag, 16. 11., 20 Uhr) werden *Jewish Soul* aus New York City spielen. Dagegen hat Brave Old World (Donnerstag, 15. 11., 20 Uhr), wie der Klarinetist

der Gruppe, Joel Rubin, erklärt, eine eher europäische Ausrichtung. «Wir wollen die traditionelle Differenz zwischen Volks- und Kunstmusik aufheben», sagt Rubin. Die Musiker von Brave Old World arbeiten an der Erforschung der traditionellen jiddischen Musik im New Yorker «Institute for Jewish Research». Um ihrem Publikum ihre Herkunft und Arbeitsweise zu erklären, geben sie Freitag, den 16. 11., um 18 Uhr ein *Gesprächskonzert*. Am Samstag, den 17. 11., findet abschließend um 20 Uhr *Eine Reise von der Alten in die Neue Welt* statt, eine Zusammenarbeit von Brave Old World, The Klezmatics und der israelischen Gruppe Sulam.

— Zum Beispiel Theater: Mit dem Stück *Ephraim kehrt zur Armee zurück* (Freitag, 2. 11., und Samstag, 3. 11., jeweils 20 Uhr) erlebt der Zuschauer kritisches israelisches Gegenwartstheater und gleichzeitig ein Stück Theatergeschichte. Die Aufführung des Stücks von Yitzhak Laor (geschrieben 1984) wurde 1988 von

der israelischen Zensurbehörde untersagt, die darin einen Vergleich der israelischen Armee mit der deutschen Wehrmacht sah. Nach langem Tauziehen vor Gericht wurden dieses Jahr die allgemeinen Zensurbestimmungen für das Theater in Israel (probeweise für zwei Jahre) aufgehoben. *Ephraim kehrt zur Armee zurück* handelt von einem Offizier in den besetzten Gebieten im Konflikt zwischen Pflicht und Menschlichkeit. Durch die Intifada und das Blutbad auf dem Tempelberg hat das Stück eine erschreckende Aktualität bekommen. «Wir kommen her, weil wir unser Land lieben», betont eine der Schauspielerinnen aus Tel Aviv. «Wir wollen nirgendwo anders als in Israel leben, aber wir wollen ein besseres Israel.» Das Stück wird in hebräisch mit deutscher Simultanübersetzung gespielt.

Weiterhin sind in Zusammenarbeit mit dem Selbsthilfeverein für Künstler *Bellevue* Kunst und Kultur in Tiergarten Tanz- und Performanceveranstaltungen geplant: Heute um 21 Uhr gibt es einen Abend

Wera erzählt mit der Tel Aviver Tänzerin Wera Goldmann, morgen um 20 Uhr eine Lesung mit der Tänzerin und Schauspielerin Andrea Morein, die aus ihrem autobiographischen Werk *Das magische Leben der Steine* vorträgt. Andrea Morein, die zum Gedenken an die Toten eine Performance *Kaddish Tree - Trauerbaum* (22., 23. und 25. 11., jeweils 20 Uhr) inszeniert, betont, sie hätte «vor allem im Zusammenhang mit dem 9. November das Bedürfnis, etwas zu tun, um zu verhindern, daß diesem Tag ein neues Tisch Tuch übergestülpt wird».

Begleitet werden die Veranstaltungen von zwei Ausstellungen mit Tanzaufnahmen von Wera Goldmann und Tatjana Orlob und mit israelischem Schmuck, die bis zum 23. 11. in den Räumen von *Bellevue*, Flensburger Straße 11-13, Berlin 21 zu sehen sind. Dort findet auch die Lesung von Andrea Morein statt — alle anderen Veranstaltungen im Haus der Kulturen der Welt. Man kann gespannt sein.

Ayala Goldmann

Inhaltsverzeichnis:

Aus dem Vorstand:

Vorwort der Vorsitzenden	S. 1-2
Bericht der Kommission	S. 3-6
Stellungnahme des Aktiven Museums	S. 7-9
Das Museum baut?	S. 10-11

Berichte aus den Projekten:

Erhalten? - Zerstören? - Verändern?	S. 12-14
Täterinnen-AG	S. 14

Unsere neuen MitarbeiterInnen	S. 15-17
-------------------------------	----------

Rückblick auf unsere Arbeit:

"Vom Potsdamer Platz zum Daimler-Benz Platz"?	S. 18-19
Maueraktion	S. 20
Der 1. September	S. 21-22
Der 9. September	S. 22

Diverses:

Straßenumbenennungen	S. 23-24
Film über die Mauer und das GESTAPO- Gelände	S. 25
Koffermuseum	S. 25
Gedenktafel entfernt - Gedenktafel erneuert!	S. 26

Termine:

Veranstaltungen zu den Judenpogromen	S. 27-28
Weitere Veranstaltungen/Ausstellungen	S. 29

Impressum

Hrsg.: Aktives Museum
Faschismus und Widerstand
in Berlin e.V.
Köthener Str. 44
1000 Berlin 61

Redaktion: Silvia Lange
unter Mitarbeit von Günter
Koziol und Martin Becher
Auflage: 150
Photos: Silvia Lange; sonst
im Text ausgewiesen
V.i.S.d.P.: Leonie Baumann

AUSSTELLUNG
des
HEIMATGESCHICHTLICHEN
KABINETTS
HOHENSCHOENHAUSEN

EIN JAHR DANACH

vom 16.10.1990 -
31.01.1991
täglich
10.00 - 19.00 Uhr
Anne-Frank-Bibliothek
Hauptstrasse 43
Berlin 1092
Telefon 376 42 97